



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Bayerische Parteistimmen.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

ihnen das Volk jederzeit öffentlich Dank mußte. Die Prozesse häuften sich, statt abzunehmen; — wir erinnern blos an die Verfolgungen, denen der Drucker des Public Advertiser wegen der 69 Junius-Briefe ausgesetzt war \*) — aber es wurde wenigstens nicht mehr gehängt und gestäupt.

Im Jahre 1788 gründete Walter die Times, und schon ihre erste Nummer beweist die materiellen Fortschritte, welche die Tagespresse im 18. Jahrhundert gemacht hatte. Die erste Nummer enthielt vier Seiten zu vier Spalten, nebst 63 Annoncen, ein Reichthum, nach dem gar manche Deutsche Zeitung heut zu Tage jahrelang vergebens strebt. Sie erschien in einer günstigen Zeit, denn mit dem Ausbruch der Französischen Revolution war für die Tagespresse Stoff in Ueberfluß gekommen. Jeder las, Jeder wollte das Neueste wissen. Von Paine's Rights of Man sollen in sehr kurzer Zeit 150,000 und von Burke's Erwiderung 30,000 Exemplare verkauft worden sein. Die Schriften von Cobbet und MacIntosh hatten einen ungeheuren Leserkreis. Im Jahre 1753 betrug die Circulation der Zeitung 7,441,457 Exemplare; 1760: 9,484,791; 1790: 14,035,739; 1794: 14,794,453; 1792: 15,005,760 Exemplare.

### Bayerische Parteistimmen.

In wenigen Tagen werden die Hundstage und mit ihnen Bayerns politische Ferien zu Ende sein. Wir haben sie weidlich genossen, das politische Leben war todtenstill und provisorische Hände leiteten das Steuerruder des Staatsschiffes durch die schläfrig plätschernden Wellen, wozu die sanften Gesänge der Redemptoristenmission in Tölz gleich Erinnerungen seliger Abel'scher Zeiten ertönten. Unterdeffen waren die vielverwünschten Schriftsteller doch nicht ganz ruhig, trotzdem daß die Polizei in München und Nürnberg ihr Möglichstes that, um mit immer neuen Confiscationen jedem Menschen, der etwas Besseres zu thun hat, die Lust zu publicistischer Kritik zu vertreiben. In den Zeitungen erreichte sie's auch ziemlich; sie wurden so matt und langweilig wie ein Bayerisches Gespräch nach weitem Gange im Sommer Sonnenbrand, dessen Zielpunkt die Hoffnung auf gutes Bier enttäuscht hat. Aber dafür kamen zwei Brochuren, die beide zwar „zu spät“ oder „zu früh“ geschrieben sein mögen, trotzdem nicht ohne Interesse sind. Sie stehen, ihren Verfassern nach, gewissermaßen auf dem Standpunkte der Extreme. Denn der eine, Herr J. Gorthelf, schon früher dem weitem Publicum bekannt durch eine Preisschrift über die Verhältnisse der Juden, gilt gewöhnlich für einen Vertreter der sogenannten Legaldemokratie, während der an-

\*) Sie erschienen im genannten Blatte in den Jahren 1767, 1768, 1769, 1770 und 1771.

dere, Baron Ernst Linden, seine literarischen Spornen in der Augsburger Postzeitung erwarb. Die Schrift des Herrn Gotthelf\*) erörtert die Frage über die Rechtsbeständigkeit des restaurirten Bundestages mit juristischer Schärfe und publicistischer Objectivität. Die Entscheidung würde vor etwa drei Vierteljah- ren sehr interessant gewesen sein, während sie jetzt entweder zu spät kommt, falls man ein Verehrer des fait accompli ist, oder zu früh, falls man wirklich glauben könnte, die Frage über Bestand und Nichtbestand des Bundestages sei noch schwebend, sein jetziges Leben auch praktisch ein Interimisticum. Von Partei- principien und politischen Grundsätzen mischt Herr Gotthelf Nichts in sein Buch; es ist ein staatsrechtliches Gutachten, nur leider mit Entscheidungsgründen, deren Charakter mehr civilrechtlicher Natur. Sollen wir's mit kurzem Worte sagen: Das Buch ist zu streng und starr juristisch, um irgend einen Eindruck zu machen, um irgend einen wesentlich neuen Gesichtspunkt für die Beurtheilung einer Frage zu geben, worüber die öffentliche Meinung längst entschieden hat. Löst's doch sogar aus dem Siege des restaurirten Bundestags selber, daß keine rechte Ueber- zeugung von der juristischen Berechtigung seiner Existenz vorhanden, daß unter seinen eigenen Mitgliedern viele nur die „staatsrechtliche Nothwendigkeit“ als physiologische Grundbedingung seines Daseins annehmen. So gescheut und scharf auch das Buch gedacht und geschrieben ist, so fragt man sich doch vergeblich nach dem Zwecke. Und Herr v. d. Pfordten wird weder in Dieppe noch in München etwelche Scrupel über die Zweckmäßigkeit seiner berühmten Zustimmungssacte vom April 1850 empfinden. Noch viel weniger eine staatsmännische oder juristische Reue.

Warum also nennen wir das Buch? Nicht sowol um seiner selbst, als um seiner symptomatischen Bedeutung willen. Es ist uns eines der vielen Zeichen, in welcher Weise die Opposition ihre Wege sucht, nachdem das Deutsche (keines- wegs bloß oder vorzugsweise das Bayerische) Regierungswesen dahin gekommen ist, die moralische Rechtsfrage mit der materiellen Macht todzuschlagen. In der Macht ruht das Recht, nicht im Rechte die Macht. Dahin mußte es allerdings kommen, nachdem allerwärts die Rechtsbegriffe parteiisch verwirrt, die Regierungs- maßnahmen selber auf den Standpunkt der Partei gestellt waren. Die Oppo- sition ist also nothwendig gedrängt, zuerst wieder die Verwirrung des Rechtsbe- griffes, die Verwirrung der Thatfachen zu entwirren. Sie ist, streng genommen, gar keine politische, sondern eine moralische Opposition, sie hat es thatsächlich wieder mit den Urbegriffen des Rechts- und Staatslebens überhaupt zu thun.

Wir ziehen die Folgerungen nicht weiter; denn leider haftet ja auch auf der Presse und ganz namentlich auf ihr der Fluch des Zustands, wo die Macht das Recht giebt. Und die Preßgesetze sind deusam, wenn in letzter Instanz der

\*) Der erneuerte Bundestag und die Rechte des Deutschen Volks. München, G. Franz.

Richterspruch nicht nach der moralischen Ueberzeugung, sondern nach dem Buchstaben gefällt wird. Aber fragen wir, wodurch sind wir in solche Zustände gekommen, so kann die Antwort des Unbefangenen wahrlich nicht der demokratischen Gedankenlosigkeit die Schuld in gleichem Maß aufbürden, als vielmehr jenen ultrareactionairen Parteimassen, welche, von verschiedenen Standpunkten ausgehend, im Jahre 1848 den Kampfplatz mieden, darum vielleicht rücksichtsloser als andere Schichten verlegt wurden, und seit 1850 hinter den Regimentern heranzogen, sich als Retter der Monarchie lobpreisend. Noch stehen sie allerdings fast allenthalben als Sieger; aber ein Vorempfinden geht durch sie, daß ihr Sieg ohne Bestand, daß sie selber früher oder später nur die Wahl haben, zwei Mächten selber zu verfallen. Entweder dem Absolutismus, welchen sie zum Schiboleth machten, um an seiner Uebermacht Theil zu nehmen, oder der Rache einer zukünftigen Revolution. Ihr Standpunkt, ihre Anschauungsweise läßt sie glauben (und vielleicht haben sie Recht), die letzte Gefahr sei minder dringend, als die erste. So sehen wir sie denn allerwärts urplötzlich, ja fast gleichzeitig eine heftige Opposition gegen diejenigen Principien und Persönlichkeiten entfalten, deren sie sich selber bedienten, um, wie man es gern ausdrückt: „mit der Revolution zu brechen“ und „die Regierungen stark zu machen.“ Nomina sunt odiosa! doch verweisen darf man auf die Kreuzzeitungsritterei in Preußen, auf die Soldatenfreundschaft in Oesterreich, auf die Ritterschaftssache in Hannover, auf die bekannten Vorgänge im Sächsischen Verein zu Dresden.

Im Baron Ernst Linden sehen wir einen Vertreter derselben Partei, nur mit katholischer Nuance. Er schrieb eine „Kritische Beleuchtung unsrer politischen Zustände.“ — Man hatte sich vor 1848 eigentlich vom Herrn Baron Linden, einem pensionirten Württembergischen Reiterofficier, welcher zu Augsburg harmlos lebte und seine Ruhe dadurch ausfüllte, daß er rohe Pferde vortrefflich zuritt, niemals versehen, daß er sich dereinst auch mit der politischen Zurichtung Deutschlands beschäftigen werde. Wie schon erwähnt, erwarb er sich seine literarischen Spornen in der Augsburger Postzeitung, verfocht also natürlich die Trias, die sogenannte Freiheit der Kirche, und was sonst die Dinge waren, welche die selbstständige Augsburger Postzeitung auf's Schild zu heben pflegte. Seitdem ihr Format so groß und ihre Selbstständigkeit so gering geworden, hat sich der Baron (— und wir loben ihn darum —) von der Postzeitung losgesagt. Die katholische Kreuzzeitungspartei erkannte, daß die Postzeitung eben keine katholische Kreuzzeitung werden möge oder könne; überhaupt blieb kein Zweifel, daß die politische Alliance des Ultramontanismus mit dem profanen Kreuzritterthum des katholischen Südwestdeutschland sich immer mehr lockerte. Dies Kreuzritterthum ist nun ohne journalistisches Organ; es verfolgt seine Ziele praktischer und directer durch seine unmittelbaren Beziehungen zu den Höfen und Cabineten. Freilich ist es principieell dadurch minder geschlossen, als jenes Norddeutsch-

lands; dafür schlingen sich die Verwandtschaftsfäden seiner Vertreter enger von der einen Residenz zur andern, dafür sind seine Einflüsse durch Grundbesitz insofern bedeutsamer, als sie sich meistens gleichzeitig in mehreren Staaten äußern können. Herr Baron Linden ist namentlich in letzterer Beziehung persönlich vollständig unbetheiligt, und seine nahe Verwandtschaft mit dem Württembergischen Minister blieb ebenfalls gewiß einflußlos. Sein Büchlein erscheint nur in sofern willkommen, als es in nuce das Programm der süddeutschen, katholisch-aristokratischen Contrerevolution kennen lehrt. Und eben nur darum glauben wir Einiges daraus, ohne alle kritische Nebenbemerkungen, ausheben zu müssen.

Welche Stellung Bayern seit dem Frühling 1849, d. h. seit dem Erstehen des Ministeriums Pfordten, in der Deutschen Frage eingenommen hat, ist bekannt. Die Trias schien das Ziel dieser Politik, bis nach dem Verunglücken der Februar-aufstellung von 1850 mit frischem Wind auf die Repräsentation des Bundestags hingesehelt ward. Damals, dies dürfen wir nicht vergessen, stützte sich die triasische Idee auf das aristokratisch-ultramontane Programm des weiland „steinernen Hauses“, und die Elemente, denen man die Hand bot, weil man sie brauchte, bewiesen sich eifrigst zustimmend in ihren Organen. Herr v. Linden ist nun vollkommen überzeugt, daß die Reichstrias, trotz des restaurirten Bundestags, „in nicht ferner Zukunft“ wieder ernstlich zur Sprache kommen werde. Warum aber gelang diese Formation nicht 1849 und 1850? Hören wir ihn selbst, er ist eine laute Stimme einer sonst schweigsamen, vielleicht sogar über seine Revolution unzufriedenen, doch einflußreichen Masse. „Leider fällt die Schuld unsrer Niederlage — sagt er in der Einleitung — nicht sowol vermeintlicher Russischer Allmacht, als vielmehr eigener eiteler Verblendung zur Last. Der versäumte Anschluß der Süddeutschen Staaten unter sich, als vermittelndes Element zwischen Norden und Osten, kann eigentlich nicht der Abneigung der betreffenden Provinzen, oder dem zu jener Zeit möglichen Widerstande der Cabinetts zu Wien und Berlin, sondern der Deutschthümelnden Schwärmerei und Demokratisirungswuth, hauptsächlich aber der Unerfahrenheit und Führung der Bayerischen Politik zugeschrieben werden . . . In unbegreiflicher Verblendung gab sie sich leider der irrigen Meinung hin, für geleistete unterthänige Dienste durch Schwarzenberg, den entgegengesetzte Rücksichten und Verbindlichkeiten leiteten, mit plumper Verletzung Preußens, auf dem staatsrechtsgelehrten Umwege der Münchener Aufstellung seligen Andenkens, zur Trias zu gelangen . . . Man war, ungeachtet alles angepriesenen Wissens, ohne bestimmte Anschauung, und deshalb auch, wo man hätte handeln müssen, unentschlossen; handelte aber trotz aller Warnung da, wo das Zögern die höchste Weisheit verrathen haben würde. Jetzt, nach den entschiedensten Niederlagen, hat man jedoch die Stirn, nach altliberaler Manier, die bescheidene aber bequeme Rolle eines constitutionell gestimmten Volksfreunds zu spielen, um sein unvorsichtiges, eigenmächtiges Verfahren im Großen mit

untergeordneten Parteifragen zu bemänteln, ohne zu berücksichtigen, daß alle Schwungkraft einer Repräsentativverfassung auf diese Weise abgenützt, und endlich auch, wie anderwärts das monarchische Princip gänzlich ausgehaust wird.“ Die gänzliche Entäusserung von der patriarchischen Idee durch den Februarentwurf findet der Vf. darin, „wenn man zweien Monarchien eine Art republikanischen Gebildes gegenüberstellt, bestehend aus sämtlichen Staaten außer Oestreich und Preußen, ein sinnloses Compositum.“ Dieser Hauptschlag gilt nun Hr. v. d. Pfordten um so unmittelbarer, als gleich nachher von jenen Politikern die Rede ist, „die im Jahre 1848 ihren Demokratismus eifrigst zu erweisen suchten, während sie demungeachtet jetzt am Stärksten an der sehr wohlfeil gewordenen Entrüstung über die destructiven Tendenzen der „Schlange“, welcher man den Kopf zertreten soll, und über das Zernwürfniß Deutschlands Antheil nehmen; dieser Maulconservatismus ist nur das Feigenblatt der die Geschäfte der Demokratie verrichtenden Bureaukratie.“ Von da beginnt überhaupt, und dies erscheint von einer solchen Parteistimme von größter Bedeutung, eine furchtbare Zornentladung gegen „Viele, die sich dormalen mit conservativer Gesinnung brüsten und am Meisten über die Rothten schimpfen, auch allenfalls über Revolutionaire in Glacehandschuhen, aber auf der andern Seite mit Uebermuth daran arbeiten, das bureaukratische Regiment, den geistlosen Mechanismus, der gleichmäßig Autorität und Freiheit untergräbt, den Monopolismus der Regierungsweisheit, der jede Selbstregierung als Anarchie und jede Theilnahme an dem Regiment als höchst verwerflichen Eingriff in die unerlässlichen Geheimrathsrechte brandmarkt, von Tag zu Tag zu vergrößern und den Französischen Revolutionstrieb einzuführen.“

So rückt die Partei dem eigentlichen Ziele nahe: die starke Regierung ist ihr unerträglich stark geworden. „Und die Armeen, sie sind gut, sehr gut; allein, wenn sie fortwährend und unnützer Weise alarmirt, und wieder unverrichteter Dinge, um gemachte Ausgaben zu ersetzen, entlassen und reducirt werden, so muß endlich mit den Geldmitteln der gute Wille erschöpft, und dadurch dieser letzte Anhaltspunkt bei Durchführung gründlicher, nationaler Reformen zwecklos abgenützt werden.“ Dies bahnt den Weg zu einem Zornschrei gegen Bayerns i. e. Hr. v. d. Pfordtens Auftreten in Kurhessen, womit die sogenannte Einleitung abschließt. „Mit geringen Mitteln wenig zu leisten, ist verzeihlich; allein mit den reichsten Hilfsquellen Nichts, gar Nichts geleistet zu haben, ist nimmer erlaubt . . . Das Auftreten in der unglücklichen Hessischen Sache mit 80,000 Bayern, der schönsten Armee, welche nach allen Seiten hin entschieden hätte, hat, so wie man über dieselbe in politischer und ausschließlich zu Gunsten Oestreichs in militärischer Rücksicht hat verfügen lassen, weder die Trias, noch irgend eine organische Gestaltung und Reorganisation Deutschlands befördert, wol aber die durch die Erfolglosigkeit entstandene moralische und materielle Schwächung der constitutionellen Mittelmacht, anstatt die Zweitheilung zu verhindern, durch kühne

Mißgriffe alle patriotischen Vorschläge und Hoffnungen in weite Ferne gerückt, und den Dualismus unter Russischer Vermittelung, wie früher, zur unabwendbaren Ausführung und vor der Hand zur absoluten Nothwendigkeit gemacht."

Soweit der negirende Theil der Brochure. Die Praxis der mittelfrönglichen Politik in der Deutschen Frage ist von andern Standpunkten aus bereits so vollkommen gerichtet, daß die verdammende Kritik wahrlich kaum von irgend welcher Bedeutung erscheinen kann. Ihr Auftreten an dieser Stelle, ihr Auffassen durch einen Vertreter dieser Partei der aristokratischen Contrerevolution — dies ist, unsres Erachtens, das einzig Wichtige daran. Und namentlich der historischen Analogie halber. Gerade dieselbe Partei der aristokratischen Contrerevolution war 1848, als die Autoritäten der allgemeinen Bewegung rath- und thatlos gegenüberstanden, vollkommen verschwunden. Sie stand nirgends wachhaltend und abwehrend vor den Thronen und Cabineten. Als sie 1849 durch die Aufnahme der triarchischen Idee ihre speciellen Zwecke möglicher Weise gefördert sah, haben just ihre Organe derselben mit glühendem Eifer das Wort geredet; denn soviel war ihr klar, daß eine machtvolle Einheit Deutschlands naturnothwendig ihre Ansprüche vernichten werde, daß dieselben in dem großen Bildungsproceß spurlos verschwinden würden. Eine gewisse Spaltung war die Grundbedingung der Möglichkeit ihrer Resurrection, und diese lag in der Triarchie; namentlich auch darin, daß in zwei Machtpotenzen dieser Triarchie das katholische Element allein herrschend, dadurch im Gesamtorganismus, wie bei jeder Einzelfrage der national-politischen Organisation des Uebergewichts vollkommen sicher war. Sie, nebst dem katholischen Klerus, erschien damals im Publicum sogar als einzige und ausschließliche Allianz der Rheinbündnerischen Cabinetspolitik. Die Reconstruction des Bundestags vernichtete auch ihre Hoffnungen; so steht sie nun heute gerade als heftigste Anklägerin der triarchischen Gouvernementspolitik gegenüber; denn wahrlich, derber ist dieselbe wol kaum in der Zeit ihrer Blüthe von der Demokratie gezeißelt, herber wol kaum von der unitarischen Partei beurtheilt worden, als in den oben angeführten Stellen geschah. So zuverlässig sind diese Gruppen, welche sich ausschließlich als Kämpfer des Monarchismus zu berüchtern pflegen.

Dies negirende Resultat, die Lehre, welche es den Regierungsgewalten giebt, ist auch das Bedeutendste an der Parteistimme, die wir hören. Die organisatorischen Gedanken über die triarchische Zukunft Deutschlands sind so schwach, als die über die constitutionelle Organisation der Einzelstaaten der Zukunft unhaltbar. Jene fassen sich ganz einfach in dem Satz zusammen: alle Einzelstaaten des südwestdeutschen Theiles von Deutschland müssen zu Bayerns Gunsten mediatisirt werden. Warum aber diese Mediatisirung vor dem Throne Bayerns stillstehen soll, worin Bayerns Berechtigung zu so gewaltsamen Acten liege, welches die conservative Rechtfertigung der Idee eines so vollständig revolutionären Umstur-

zes — dies Alles bleibt unbeantwortet. Es ist darum auch ganz begreiflich, daß der Verfasser dieser Pateistimme mit echt ritterlicher — Courtoisie alle Vertreter anderer Reform- und Organisationspläne mit dem Gesamtausdrucke des „liederlichen Volks der Crawlaler“ zusammenfaßt, und, um ihre völlige Exstinction zu bewirken, den einzigen Rath hat, „sie dem Bruder Jonathan ohne Weiteres zur bessern Erziehung zu überschicken.“ Das sind die Arcana der praktischen Staatsweisheit, welche sich uns bieten. Die Art, wie man den wahrscheinlichen Gegner auffaßt, ist das Zeugniß für die eigene Bildungshöhe.

Der zweite Theil handelt dann „über innere organische Verhältnisse.“ Er schildert uns das constitutionelle Bayern der Zukunft. Es ist ein schlechter continentaler Abklatsch des Englischen Staates in seinen starresten aristokratischen Gestaltungen. Ausschließlich der Adel, und zwar nicht etwa nur der besitzliche, sondern eben so das adelige, ausschließlich vom Bon zehrende Proletariat sollen den in Kasten zerfallten Staat im Großen beherrschen. Das Schema ist zu interessant, um es nicht wenigstens noch anzudeuten. 1. Unveräußerlich grundbesitzender Adel: Inhaber der Kron- und Erbämter, Reichsrathswürde, Staatsraths- und Statthalterstellen, activ wahlfähig zu allen Repräsentativämtern. 2. Adel mit veräußerlichem und beweglichem Besiz: Volksvertreter für Stadt und Land, Landräthe, Bürgermeister und Magistrate, activ und passiv wahlfähig. 3. Geistige, physische, mercantile und industrielle Arbeitskräfte: wählen Volksvertreter und Landräthe, sind aber nur zu Magistraten und Vorständen wählbar. 4. „Das geistig und physisch beschäftigte Proletariat“ (?) wählt blos zu städtischen und Gemeindeämtern. Alle Bischöfe, Consistorialvorstände, Obergerichtspräsidenten und Universitätsrectoren sind Mitglieder des Reichsraths; „sie sind die natürlichen und würdigsten Vertreter der Aristokratie des Geistes; das Richteramt erhält die höchst mögliche (!) Unabhängigkeit“, doch bedarf es zum Eintritt in dasselbe „einer Reihe von Prüfungsjahren.“ „Der Diensteid lautet auf unbedingten Gehorsam dem Staatsoberhaupt, als Inbegriff des Staats; der doppelte Eid auf König und Constitution ist das teuflische Werk moderner Staatsphisterie, ein Verrath an der Staatseinheit, den weder England noch Nordamerika kennt.“ — In diesem Styl geht es weiter, bis endlich Bayern zur Ergreifung der Initiative in diesem Sinne aufgefordert wird.

Erinnern wir uns nochmals: so spricht keine isolirte Stimme, sondern ein Vorsechter derjenigen Partei, die sich zur Lenkerin des angedeuteten Staates der Zukunft berufen glaubt. Wir haben nur Act davon zu nehmen, was sie gelernt und was sie — nicht weiß.